



# Plenarprotokoll

## 83. Sitzung

Mittwoch, 18. März 2020

**Regierungserklärung zu „Corona - Herausforderung für Schleswig-Holstein gemeinsam annehmen“.....**

Drucksache 19/2096

Daniel Günther, Ministerpräsident.	6312
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	6315
Tobias Koch [CDU].....	6318
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6320
Christopher Vogt [FDP].....	6321
Jörg Nobis [AfD].....	6324
Lars Harms [SSW].....	6326

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrages zum Haushaltsplan des Landes Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2020.....**

6329

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 19/2023

Bericht und Beschlussempfehlung  
des Finanzausschusses  
Drucksache 19/2063

Änderungsantrag der Fraktionen von  
CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN, FDP und der Abgeordne-  
ten des SSW  
Drucksache 19/2100

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2101		Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2036	
<b>Nothilfeprogramm Coronavirus.....</b>	<b>6329</b>	Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/2036.....	<b>6331</b>
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2099		<b>Vereidigung der neu gewählten Mitglieder sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Landesverfassungsgerichts Schleswig-Holstein.....</b>	<b>6331</b>
Stefan Weber [SPD], Berichterstatter.....	<b>6329</b>	<b>Ergänzung der Grundsätze für die Behandlung von Immunitätsangelegenheiten.....</b>	<b>6332</b>
Beschluss: 1. Annahme des Antrags Drucksache 19/2099		Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2097	
2. Annahme der Änderungsanträge Drucksachen 19/2100 und 19/2101		Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/2097.....	<b>6332</b>
3. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/2023 in der Fassung der Drucksache 19/2063 einschließlich des angenommenen Antrags Drucksache 19/2099 und der Änderungsanträge Drucksachen 19/2100 und 19/2101.....	<b>6329</b>	<b>Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages.....</b>	<b>6333</b>
<b>Wahl von Mitgliedern sowie Stellvertreterinnen und Stellvertretern des Landesverfassungsgerichts Schleswig-Holstein.....</b>	<b>6329</b>	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2098	
Wahlvorschlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts Drucksache 19/2051		Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/2098.....	<b>6333</b>
Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/2051 in geheimer Wahl mit 57 Jastimmen und 1 Neinstimme.....	<b>6330</b>	<b>Für eine verlässliche Ganztagsbetreuung - für mehr Chancengerechtigkeit.....</b>	<b>6333</b>
<b>Wahl der Bürgerbeauftragten oder des Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein und der Beauftragten oder des Beauftragten für die Landespolizei Schleswig-Holstein.....</b>	<b>6330</b>	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2076	
		Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/2076.....	<b>6333</b>

**Sammeldrucksache über Vorlagen  
gemäß § 63 Absatz 1 a der Ge-  
schäftsordnung des Schleswig-Hol-  
steinischen Landtags.....** 6333

Drucksache 19/2095

Beschluss: Annahme..... 6333

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste  
Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge-  
sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei-  
ter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres,  
ländliche Räume und Integration

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft,  
Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

\* \* \* \*

**Beginn: 10:02 Uhr**

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie jetzt bitte entsprechend der besonderen Situation die Plätze einnehmen würden.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 30. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Wie Sie bereits der Presseberichterstattung entnehmen konnten, haben wir uns zum Schutz der Abgeordneten entschieden, diese Sitzung genauso durchzuführen, wie es alle Bürgerinnen und Bürger des Landes Schleswig-Holstein ab heute auch machen sollten, nämlich Abstand voneinander zu halten und darauf zu achten, dass wir die Maßnahmen einhalten, zu welchen uns die Mediziner raten und die die Regierung und alle anderen Stellen, die dazu aufgerufen sind, uns mitteilen. Ich finde es wichtig, dass wir das vorbildhaft so machen.

Ich möchte an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen des Schleswig-Holsteinischen Landtags, allen Abgeordneten für das Verantwortungsbewusstsein danken, aber auch die Selbstdisziplin und die Disziplin insgesamt, die wir aufbringen, um das, was in unserem Rechtsstaat notwendig ist, durchzuführen, nämlich das Parlament funktionsfähig zu halten und der Regierung, die in diesen Tagen, Wochen, Monaten einer Handlungsnotwendigkeit wie selten zuvor in diesem Land begegnet, den nötigen rechtsstaatlichen Schutz und die Grundlage dafür zu geben.

Dafür danke ich allen, insbesondere danke ich den Mitgliedern des Ältestenrats des Schleswig-Holsteinischen Landtags für die über alle Fraktionsgrenzen hinweg außerordentlich konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Es ist in den letzten Tagen ein hervorragendes Miteinander gewesen, aber es geht auch gar nicht anders. Es geht um die Gesundheit der Menschen im Land Schleswig-Holstein.

Wir werden die heutige Plenarsitzung zügig durchführen, mit aller Disziplin, aber auch der Notwendigkeit, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Wir fassen die Beschlüsse heute anders als sonst, nicht nach langen Diskussionen. Deswegen erübrigt sich manche öffentliche Meinungsäußerung, die es in Einzelfällen dazu von Leuten gibt, die das ei-

(Präsident Klaus Schlie)

gentlich verstehen müssten. Wir bringen heute Gesetze auf den Weg - die allermeisten in erster Lesung -, beispielsweise auch die Änderung des Abgeordnetengesetzes. Selbstverständlich werden die Gesetzentwürfe dann, wenn die Krise vorbei ist, so diskutiert, wie es notwendig ist, damit die Öffentlichkeit daran teilnehmen kann. Das sollte jeder in eigener Verantwortung verstehen, wenn er sie denn hat.

Aus diesem Grunde gibt es jetzt auch keine Schriftführerinnen und Schriftführer. Ich erledige das Geschäft hier vorn mit dem Landtagsdirektor heute einmal alleine. Aufgrund der besonderen Situation verzichte ich auch auf die Aufzählung der nicht anwesenden und der erkrankten Kolleginnen und Kollegen. Den erkrankten Kolleginnen und Kollegen wünschen wir gemeinsam gute Genesung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, angesichts des sich ausbreitenden Coronavirus hat sich der Ältestenrat darauf verständigt, die Plenartagung auf Mittwochvormittag zu verkürzen. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, heute auch den Antrag Drucksache 19/2097, „Ergänzung der Grundsätze für die Behandlung von Immunitätsangelegenheiten“, zu behandeln. - Ich sehe keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren. Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt als TOP 35 A in die Tagesordnung einzureihen und ihn nach TOP 11, „Vertheidigung der neu gewählten Mitglieder des Landesverfassungsgerichts“, ohne Aussprache aufzurufen.

Weiter haben sich die Fraktionen darauf verständigt, heute auch den Antrag Drucksache 19/2098, „Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags“, zu behandeln. - Ich sehe keinen Widerspruch, dann werden wir auch hier so verfahren. Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt als TOP 35 B in die Tagesordnung einzureihen und ihn nach TOP 35 A ohne Aussprache aufzurufen.

Ich habe Ihnen eine Aufstellung der vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 8, 10, 11, 14, 15, 18, 27, 31 und 36 bis 39 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 9, 12, 13, 17, 19 bis 26, 28 bis 30, 32 bis 35 und 40 bis 42. Anträge zu einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor. Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über

die Reihenfolge der Beratung der 30. Tagung. Wir werden nur heute Vormittag tagen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich begrüße die Damen und Herren, die uns heute besuchen. Damit ist die Öffentlichkeit gewährleistet, insbesondere auch dadurch, dass unsere Journalistinnen und Journalisten anwesend sind.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 1 auf:

### **Regierungserklärung zu „Corona - Herausforderung für Schleswig-Holstein gemeinsam annehmen“**

Drucksache 19/2096

Das Wort hat der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Daniel Günther.

**Daniel Günther, Ministerpräsident:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in einer besonderen Situation, in der wir gemeinsam Entscheidungen treffen müssen, die wir uns bis vor Kurzem so nicht hätten vorstellen können. Dies ist die Stunde, in der die Kräfte in unserer Demokratie zusammenstehen. Ich bin ausgesprochen dankbar dafür, dass wir das in diesen Tagen so erleben dürfen.

Mein Dank gilt allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die daran mitwirken. Mein ausdrücklicher Dank gilt an dieser Stelle dem Oppositionsführer. Lieber Herr Dr. Stegner, ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Initiative, im Moment gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, manches gemeinsam vor der Presse und der Öffentlichkeit vorzustellen und weitgehende Beschlüsse des Kabinetts mitzutragen. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein großartiges Zeichen in diesen schweren Zeiten, die wir haben. Ganz herzlichen Dank dafür!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und auf der Regierungsbank)

Das zeigt, in welcher besonderen Situation wir sind. Auch der Landtag mit seiner verkürzten Tagung ist Ausdruck der derzeitigen Lage.

Ich will mich ausdrücklich auch bei allen Mitgliedern meines Kabinetts bedanken. Alle arbeiten derzeit am Limit. Ganz besonders gilt mein Dank unserem Gesundheitsminister Dr. Heiner Garg, unserem Staatssekretär Dr. Matthias Badenhop und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheits-

**(Ministerpräsident Daniel Günther)**

ministerium. Ihr macht im Moment einen wirklich großartigen Job!

(Beifall im ganzen Haus und auf der Regierungsbank)

In diesen Tagen gibt es vieles zu klären, und in dieser Zeit gilt es vor allem auch zu erklären. Denn dies ist auch die Stunde der besonnen und aufgeklärt handelnden Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Ich bedanke mich bei allen, die sich solidarisch verhalten. Sie machen alles richtig, wenn Sie Menschenansammlungen meiden. Sie können Ihrer Arbeit weiter nachgehen. Sie können spazieren gehen, zum Arzt gehen, Medikamente oder Lebensmittel besorgen, und Sie sollten anderen Menschen helfen, die jetzt Unterstützung brauchen. All das können Sie tun, wenn Sie Abstand halten.

Wir sind jetzt aber an einem Punkt, an dem jeder sehr bewusst seinen Alltag und seine Verhaltensweisen einschränken muss, um eine Ausbreitung des Virus, soweit es geht, zu verhindern.

An dieser Stelle noch ein gebotener Appell: Ich verstehe jeden, der beim Anblick halbleerer Regale besorgt ist und mehr als sonst kauft. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist gesichert, auch dank unserer Landwirte. Wir haben in Deutschland bei vielen Lebensmitteln eine Selbstversorgungsquote, die über 100 % liegt, etwa bei Getreide, Käse, Hühner- und Schweinefleisch oder Kartoffeln. Die Lager sind gut gefüllt. Deshalb: Kaufen Sie Lebensmittel auch in der jetzigen Situation maßvoll ein, das heißt, nur das, was Sie realistisch verbrauchen können! Kaufen Sie meinetwegen etwas mehr, um nicht so oft einkaufen gehen zu müssen, aber bewahren Sie vernünftiges Augenmaß beim Einkaufen! Auch hier ist Solidarität wichtig, damit sich Hamsterkäufe nicht selbst verstärken und am Ende viele Lebensmittel im Müll landen. Zeigen Sie sich solidarisch mit anderen! Die Regale werden zeitnah aufgefüllt, es ist für alle genug da.

(Beifall im ganzen Haus)

Denn weiterhin gilt der Grundsatz der Vernunft und Besonnenheit. Panik ist nicht angebracht.

Jeder von uns muss allerdings Hygiene und Achtsamkeit walten lassen. Diese bewusste Verhaltensänderung ist unabdingbar, damit sich jede und jeder vor dem Erreger schützt und auf diese Weise mithilft, die Ausbreitung einzudämmen und Leben zu schützen, damit wir alle, so schnell es irgendwie geht, in unser gewohntes Leben zurückkehren können.

Aus diesem Grund hat das Kabinett drastische Maßnahmen beschlossen. Das sind schwere Entscheidungen, die wir in ständiger Rücksprache mit der Bundesregierung, mit den Experten und mit den anderen Ländern treffen. Wir entscheiden auf Grundlage des Wissens und der Empfehlungen von Experten, doch auch die können nicht im Detail vorhersagen, wo wir in drei Wochen stehen.

Der Föderalismus erweist sich dabei als handlungsfähig. Die Länder in Deutschland sind innerhalb weniger Stunden zu abgestimmten Entscheidungen gelangt. Dabei sind wesentliche Regelungen übernommen worden, die wir in Schleswig-Holstein zum Schutz der Menschen bereits auf den Weg gebracht haben. Es gibt einen föderalen Schulterchluss gegen die Ausbreitung des Virus.

Deshalb gilt in Schleswig-Holstein und in ganz Deutschland: Schulen und Kitas sind geschlossen; die Hochschulen haben ihren Lehrbetrieb eingestellt; Clubs, Bars, Diskotheken, Theater, Museen, Kinos, Schwimmbäder, Fitnessstudios, Jahrmärkte und alle anderen Freizeiteinrichtungen sind geschlossen. Kurzum: Sämtliche öffentliche Veranstaltungen finden nicht mehr statt. Noch einmal: Auch im privaten Bereich sollten Sie Ihre Kontakte auf das Nötigste beschränken.

Gestern Abend hat das Kabinett beschlossen, dass wir in Schleswig-Holstein Restaurants generell schließen. Lediglich Lieferservice und Essensabholung auf Bestellung bleiben möglich. Auch der Einzelhandel ist jetzt geschlossen.

Ausdrücklich nicht geschlossen werden Supermärkte, Getränkemärkte, Apotheken, Sanitätshäuser, Drogerien, Tankstellen, Banken und Sparkassen sowie Poststellen, Reinigungen, Waschsalons, der Zeitungsverkauf, außerdem Bau-, Gartenbau- und Tierbedarfsmärkte und der Großhandel. Für diese Bereiche weiten wir die Öffnungszeiten bis auf Weiteres grundsätzlich aus. Damit sichern wir die Versorgung der Bevölkerung. Ich will an dieser Stelle ein riesiges Dankeschön an alle hinterher schicken, die in der gesamten Lebensmittelkette dazu beitragen.

(Beifall im ganzen Haus und auf der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren, wir haben am Wochenende den Bund gebeten, die Grenze zu Dänemark für den Publikumsverkehr vorübergehend zu schließen, das heißt, verstärkte Kontrollen durchzuführen, damit nur noch Berufspendlerinnen und Berufspendler und Waren die Grenze passieren. Pendlerin-

**(Ministerpräsident Daniel Günther)**

nen und Pendler brauchen dafür eine Bescheinigung ihres Arbeitgebers.

Außerdem müssen sämtliche Urlaubsgäste in Schleswig-Holstein ihren Urlaub spätestens im Laufe des morgigen Tages beenden und nach Hause fahren. Dazu haben wir eine Regierungsverordnung erarbeitet, die heute in Kraft tritt. Sie besagt, dass der Aufenthalt zu touristischen Zwecken nicht mehr nur auf den Inseln und Halligen untersagt ist, sondern ab jetzt im ganzen Land. Übernachtungsangebote sind ausdrücklich nur noch zu dringend erforderlichen und nicht zu touristischen Zwecken erlaubt. Auch für Tagesgäste gilt: Reisen in unser Land aus touristischem Anlass sind ab heute untersagt. Mit anderen Worten: Schleswig-Holstein wird vorübergehend zum Sperrgebiet für Urlauber - so schwer uns das allen fällt.

Auch diese Entscheidung haben wir uns nicht leicht gemacht. Wir sind ein Urlaubsland. Wir freuen uns über Gäste, aber im Moment hat Gesundheit Vorrang. Das ist notwendig, um Menschen zu schützen und die Gesundheitsversorgung vor allem auf den Inseln nicht zu überlasten. Es gibt dort keine ausreichende Intensivmedizin, die sich jetzt um Touristen kümmern könnte. Wir werden das gegebenenfalls auch ordnungsrechtlich kontrollieren und durchsetzen.

Uns ist klar, dass insbesondere die kommenden Wochen den Menschen in Schleswig-Holstein eine Menge abverlangt werden. Deshalb sind wir alle miteinander aufgefordert, die Maßnahmen immer wieder sachlich zu erklären.

Momentan geistern viele irreführende Meldungen durchs Netz, bei denen wir dagegenhalten müssen. Als Land werden wir weiterhin absolut transparent und faktenbasiert auf allen Kanälen informieren. Ich bitte Sie als Abgeordnete ausdrücklich, diese Informationen, soweit es geht, weiterzuverbreiten.

Auch diese Regierungserklärung will ich nutzen, um unser Handeln noch einmal zu erklären: Wir schränken das öffentliche Leben so drastisch ein, um diejenigen zu schützen, die einer sogenannten Risikogruppe angehören. Das sind insbesondere Ältere und Vorerkrankte.

Es geht darum, die Verbreitung von COVID-19 über einen längeren Zeitraum zu strecken. Es ist wichtig, die Ausbreitungskurve zu verflachen. Je weniger Menschen sich zur selben Zeit anstecken, desto besser kann sich unser Gesundheitswesen um die schweren Fälle kümmern. Je langsamer sich das Virus ausbreitet, desto mehr Zeit hat auch die Forschung, wirksame Medikamente zu entwickeln.

An dieser Stelle danke ich allen von Herzen, die im Gesundheits- und Pflegebereich für uns da sind. Wir brauchen sie, wir unterstützen sie, wir sind ihnen unermesslich dankbar für das, was sie im Moment leisten.

(Starker Beifall im ganzen Haus und auf der Regierungsbank)

Alles, was wir derzeit tun, dient allein dem Zweck, sie und die medizinische Infrastruktur nicht zu überlasten.

Mit dem Bund haben wir vereinbart, die Zahl der Intensivbetten im Land zu verdoppeln. Für leichtere Krankheitsverläufe kommen auch Hotelbetten und Kureinrichtungen in Betracht, die wir dann dementsprechend ausrüsten.

Dahinter müssen momentan wirtschaftliche Belange zurücktreten, ebenso die Interessen eines jeden Einzelnen, auch wenn das für viele Betriebe und für viele Menschen extrem hart ist. Doch der Schutz der Gesundheit der Menschen in unserem Land hat jetzt Vorrang, der Schutz aller und in dieser Krise vor allem derjenigen Menschen, die besonders schwerwiegend am Coronavirus erkranken können.

Meine Damen und Herren, wir erleben extreme Einschnitte in unseren Alltag. Wir hatten eine vergleichbare Situation noch nie. Für viele Menschen stellen sich jetzt ganz praktische Fragen: Wie soll ich ohne Kinderbetreuung arbeiten können? Wie kann ich die Zeit ohne Aufträge durchstehen, wenn ich selbstständig oder freiberuflich arbeite? Etliche dieser Fragen sind zu klären.

Deshalb tagt das Kabinett derzeit täglich, auch am Wochenende. Wir werden tun, was erforderlich ist. Wir entscheiden tagesaktuell. Wir informieren tagesaktuell. Angesichts der dynamischen Entwicklung bitte ich ausdrücklich um Verständnis, dass auch diese Regierungserklärung noch nicht auf alles eine Antwort liefern kann. Das auszuhalten ist unangenehm.

Ich verstehe absolut, dass die Lage bei vielen Menschen nachvollziehbar zu Existenzängsten führt. Diese Sorgen erreichen mich und uns alle hier. Deshalb wiederhole ich die Versicherung, die Bundes- und Landesregierung gegeben haben: Was immer erforderlich ist, um unsere Wirtschaft und unsere Bürger durch diese Zeit zu bringen, werden wir tun. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir unsere Wirtschaft in dieser besonderen Situation schnell und unbürokratisch unterstützen. Das Kurzarbeitergeld ist ausgeweitet. Steuerstundungen werden er-

**(Ministerpräsident Daniel Günther)**

leichtert, auf Stundungszinsen oder Steuervorauszahlungen kann verzichtet werden.

Außerdem legen wir mit den Förderbanken ein Stabilitätspaket auf. Über eine Hotline informieren wir Unternehmen, wie sie Zugang zu den Finanzierungsmitteln erhalten. Es wird ein Darlehensprogramm der Investitionsbank für Firmen in Liquiditätsschwierigkeiten geben. Uns ist völlig klar, dass wir viele Firmen unterstützen müssen. Es geht um Existenzen, es geht um Arbeitsplätze. Besonders heftig trifft es in Schleswig-Holstein alle, die von Tourismus, Gastronomie und Veranstaltungen leben.

Deswegen ist es das richtige Signal, dass der Landtag uns heute in die Lage versetzt, entschlossen zu handeln. Ich danke den Regierungsfractionen, der SPD-Fraktion und dem SSW für den Antrag, eine außergewöhnliche Notsituation festzustellen. Damit wird der heutige Nachtragshaushalt ergänzt, sodass wir die zulässige Kreditaufnahme um 500 Millionen € erhöhen können. Auf dieser Grundlage werden wir als Landesregierung die notwendigen Programme ausgestalten, damit wir helfen können, wenn Bundeshilfen und Versicherungsleistungen nicht greifen. Die 500 Millionen € sind gut angelegt, um den Gebeutelten zu helfen.

Meine Damen und Herren, weder die Virologen noch wir Politiker können derzeit sagen, wie lange die Ausnahmesituation andauern wird, wie lange wir gezwungen sein werden, unsere Kontakte zu beschränken und persönliche Interessen, ja persönliche Freiheiten zurückzustellen. Das Coronavirus ist eine Herausforderung für uns als ganze Gesellschaft.

Die kommenden Wochen werden für uns alle ein Kraftakt werden. Es kommt jetzt auf jede und jeden von uns an, dass wir aufeinander aufpassen und uns umeinander kümmern. Nehmen wir Rücksicht, halten wir Abstand. Helfen wir trotzdem Menschen, die allein nicht zurechtkommen. Wir müssen jetzt füreinander da sein.

Mir macht es Mut, wenn ich sehe, welche Initiativen in den sozialen Netzen bereits anlaufen: Da organisieren sich Nachbarschaftshilfen, um für Kranke und Ältere einzukaufen. Ich finde das großartig.

(Beifall im ganzen Haus und auf der Regierungsbank)

In der Krise zeigt sich der wahre Zustand unserer Gesellschaft. Ich erlebe derzeit, mit welcher Hingabe und welchem Verständnis unser Gemeinwesen dieser Herausforderung begegnet, wie im Gesund-

heitswesen und an vielen anderen Stellen im Land hart dafür gearbeitet wird, die Versorgung zu sichern.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, es gehört zu den lieb gewonnenen Ritualen im Landtag, dass wir am Ende von Reden klatschen. Wir haben aber gerade keine normale Zeit. Daher sollte unser aller Beifall den Heldinnen und Helden unserer Zeit gelten: den Ärztinnen und Ärzten, den Pflegenden, insbesondere in unseren Krankenhäusern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Apotheken, unseren Polizistinnen und Polizisten, Tagesmüttern, Erzieherinnen, allen, die im Moment Kinder betreuen, Kassiererinnen, die in unseren Lebensmittelgeschäften arbeiten, allen Betrieben, allen Unternehmerinnen und Unternehmern, die im Moment um ihre Existenz zittern.

Sie alle stehen selbstverständlich für diejenigen, die sich im Moment gegenseitig helfen und diese Krise managen. Ihre Arbeit ist es, die mich fest daran glauben lässt, dass unser Land stärker aus dieser Krise herauskommt, als es in sie hineingekommen ist. Danke, dass es Sie alle gibt! Gemeinsam werden wir es schaffen!

(Die Anwesenden erheben sich - Anhaltender Beifall im ganzen Haus und auf der Regierungsbank)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Abgeordneter Dr. Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenige Tage können manchmal fast alles verändern. So war es in der vergangenen Woche. Meine Fraktion bereitete sich darauf vor, in dieser Tagung über starken Journalismus als Säule unserer Demokratie, über die EU-Ratspräsidentschaft und andere Themen zu diskutieren. Nichts davon ist unwichtig geworden oder würde es nicht verdienen, debattiert zu werden, aber die letzte Woche hat uns allen gezeigt, dass etwas ganz anderes derzeit viel wichtiger ist, was sich niemand von uns ausgesucht oder gewünscht hat.

Die Ausbreitung des Coronavirus und die weltweite Pandemie zwingen uns zu Maßnahmen, bei deren Ankündigung die meisten von uns noch vor wenigen Tagen ungläubig den Kopf geschüttelt hätten. Sie wirbelt auch den Ablauf unserer Landtagstagung durcheinander und zwingt in einer Weise zum

**(Dr. Ralf Stegner)**

Handeln, wie ich das in meinem bisherigen politischen Leben noch nie erlebt habe und Sie vermutlich auch nicht.

Die Verhältnisse in Italien und Spanien, aber auch die Einschätzungen vieler kluger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geben uns einen Ausblick, was droht, wenn wir nicht schnell und konsequent genug handeln. Das ist ein gewaltiger Stresstest für unser hochleistungsfähiges Gesundheitssystem. Die kommenden Wochen sind entscheidend, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und dadurch sicherzustellen, dass schwer Erkrankten zu jedem Zeitpunkt alle nötigen Behandlungsmittel zur Verfügung stehen.

Es geht um den Schutz von Vorerkrankten, von Älteren und Schwächeren, es geht - um es deutlich zu sagen - darum, das Leben unserer Eltern und Großeltern zu retten. Diese Aufgabe hat uneingeschränkt oberste Priorität, vor allen anderen Dingen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir nehmen unsere Rolle als Opposition in diesem Haus ernst, denn Demokratie funktioniert nicht ohne kluge Gegenposition. Aber jetzt ist nicht die Stunde für die üblichen Rituale von Opposition und Regierung. Politik muss auf allen Ebenen verantwortlich handeln, und die Demokraten müssen zusammenhalten. Das können die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner von uns allen erwarten.

Darum danke ich der Landesregierung, ganz besonders Ihnen, Herr Ministerpräsident Günther, für die intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit der vergangenen Tage. Ich möchte mich auch beim besonders geforderten Sozialministerium, Herr Minister Dr. Garg und Herr Staatssekretär Dr. Badenhop, für das außerordentlich professionelle Management der vergangenen Tage aufrichtig bedanken.

(Beifall im ganzen Haus)

All das hat dazu beigetragen, dass wir in Schleswig-Holstein besonders schnell und konsequent das Notwendige getan haben. Wir muten den Menschen eine ganze Menge zu: Die Schließung von Schulen und Kitas, Geschäften und Spielplätzen, Verbote von Veranstaltungen und Zusammenkünften, Schließung ganz vieler Bereiche wie der Gastronomie, wir greifen sogar in das ein, was Kirchen und Glaubensgemeinschaften tun, was der Staat sonst nie tut, wir sperren unsere Inseln, und es gibt viele andere gravierende Einschränkungen. Das öffentli-

che Leben wird buchstäblich von hundert auf null zurückgefahren.

Die klare Botschaft ist: Je strikter wir alle die Beschränkungen einhalten, je konsequenter jeder von uns seine persönlichen Kontakte einschränkt, umso besser werden wir aus dieser Krise herauskommen, umso eher wird das gewohnte Leben allmählich zurückkehren können, obwohl ich glaube, dass nach der Krise fast nichts so sein wird wie davor.

Das geht jeden in unserer Gesellschaft an. Die Verantwortung tragen wir gemeinsam. Es liegt an jedem Einzelnen, durch die Einhaltung der Abstands- und Hygienehinweise einen unmessbar wichtigen Teil zur Verhinderung der Verbreitung beizutragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, viele Menschen haben in Schleswig-Holstein in diesen Tagen große Sorgen: Eltern, die arbeiten müssen und sich Gedanken um die Betreuung ihrer Kinder oder finanzielle Einbußen machen, viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die bangen, ob ihr Job die Krise überstehen wird, Kulturschaffende, Schausteller und viele andere, zum Beispiel im Veranstaltungsmanagement, die um ihre Existenz ringen, Selbstständige und Unternehmer, die mit Schließungen kämpfen oder nicht wissen, woher die Liquidität für die anstehenden Wochen kommen soll, und die Zeit ist knapp, Beschäftigte, die in Pflegediensten schon jetzt oft bis an den Rand der Erschöpfung für Pflegebedürftige tätig sind und die die jetzt anstehenden Herausforderungen auch noch bewältigen müssen, teilweise sogar noch zusätzliche wirtschaftliche Herausforderungen.

Für all die muss unsere Antwort als Politik klar sein: Wir kümmern uns, damit Arbeitsplätze und Einkommen gesichert werden, Soforthilfe gewährt wird und damit wir gemeinsam anständig durch die Krise kommen - koste es, was es wolle. Ich will das ausdrücklich betonen: Geld darf jetzt nicht die entscheidende Rolle spielen!

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich füge hinzu: Jetzt ist noch weniger als sonst die Zeit, so zu tun, als sei es wie immer, und übermäßige bürokratische Herangehensweisen an den Tag zu legen.

Wer sich jetzt Gedanken um den Termin seiner Prüfung macht, Angst hat, eine Frist nicht einzuhalten, oder dringend eine Bescheinigung braucht, für den oder die muss es überall praxistaugliche Lösungen geben, pragmatisch, bürgerfreundlich und schnell. Und wenn nicht alles perfekt läuft - auch das muss

**(Dr. Ralf Stegner)**

man in Deutschland sagen -, sollten wir darauf vertrauen, dass es morgen oder übermorgen so sein wird. In den nächsten Tagen, Wochen und Monaten sollen sich alle, die in der öffentlichen Verwaltung Verantwortung tragen, von der Frage leiten lassen: „Was kann ich dafür tun, um das Problem zu lösen?“, und nicht von der Frage, was andere tun müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder von uns ist gefordert, auf diese Krise mit Solidarität zu antworten. Hamsterkäufe, Egoismus oder gar Corona-Partys sind das krasse Gegenteil davon. Nichts davon ist cool, wir müssen uns dagegen gemeinsam wehren.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Gerade darum ist es großartig zu sehen, wie viele Menschen in Schleswig-Holstein sich bewusst anders verhalten. Wir brauchen die engagierten Nachbarn, die Einkaufshilfen für ihre älteren Nachbarn organisieren oder selber anbieten, die sich kümmern, die da sind, die anpacken. Wir brauchen die verantwortungsvollen Unternehmerinnen und Unternehmer, die pragmatische Homeoffice-Lösungen für ihre Beschäftigten schaffen - auch da, wo es bisher nicht üblich war. Wir brauchen das medizinische Personal in Ausbildung oder Ruhestand, das sich jetzt freiwillig meldet, um in den kommenden Wochen mitzuhelfen und zu unterstützen. Das alles sind ganz starke Zeichen des Zusammenhalts in unserem Land. Vielen herzlichen Dank all denen, die das tun!

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Sozialdemokraten hatten eigene Vorstellungen, was den Nachtragshaushalt betrifft. Wir hatten darüber in der vergangenen Woche einige Kontroversen mit der Landesregierung. Jetzt ist es allerdings Zeit, einen Schritt zurückzutreten, denn die Vorzeichen sind andere. Es geht darum, gemeinsam ausreichend Geld zur Verfügung zu stellen, das dringend benötigt wird, um die Krise zu bewältigen. Darum werden wir dem Nachtragshaushalt heute zustimmen und die Zweidrittelmehrheit in diesem Hause sicherstellen.

Dasselbe gilt für das 500-Millionen-€-Hilfspaket, das wir gemeinsam auf den Weg bringen und mit dem wir unseren Teil dazu beitragen wollen, den Menschen im Land schnell und unbürokratisch unter die Arme zu greifen, all denen, die nicht durch

Bundeshilfen, durch Kurzarbeitergeld oder durch Versicherungslösungen erreicht werden; auch da muss man manchmal schnell helfen, wenn Versicherungen erst später zahlen, und dann wird das später verrechnet. All das kann man machen, wenn wir es nur wollen. Übrigens haben auch unsere Vorgängergenerationen Herausforderungen bewältigt. Daran sollten wir denken. Auch wir können das schaffen. Wir sollten die Zuversicht haben, das zu schaffen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir wollen allen unter die Arme greifen, die unsere Hilfe brauchen. Wir wissen, dass bei vielen im Land eine dramatische Situation droht. Wir erwarten, dass der Spielraum genutzt wird, um denen zu helfen, die auf Unterstützung angewiesen sind, so wie ihn auch einzelne Kommunen oder andere Bundesländer schon nutzen, um in dieser schwierigen Zeit zum Beispiel Familien die Kita-Gebühren zu erlassen oder Unternehmen mit Liquiditätsschwierigkeiten unter die Arme zu greifen.

Wir wollen denen helfen, die zu den Verlierern der Krise wurden oder dazu zu werden drohen. Klar ist aber auch, dass es am Ende keine Gewinner der Krise geben soll. Meine Hoffnung ist, dass sich die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner solidarisch zu ihren Einzelhändlern verhalten, nicht einseitig auf den Versandhandel setzen und die eine oder andere Besorgung zurückstellen, denn davon profitieren wir alle.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor zwei Wochen hat meine Fraktion in Sonderburg wie so viele andere in Schleswig-Holstein und Dänemark in diesem Jahr an das friedliche Grenzjubiläum erinnert. Corona fühlte sich damals noch weit weg an, und es war an dem Abend nicht vorstellbar, dass Deutschland und Dänemark nur wenige Tage später die Grenzen zueinander schließen würden. Das ist eine von vielen Maßnahmen, die man im Rückblick bewerten muss. Wenn die Bemühungen, die wir anstellen, erfolgreich sind, werden Kritiker später sagen, das sei zu einschneidend gewesen. Diese Kritik ist deutlich leichter zu ertragen, als wenn wir es umgekehrt machten und nicht alles täten, um Menschenleben zu retten.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**(Dr. Ralf Stegner)**

Zusammenhalt ist nicht nur zwischen Opposition und Regierung, sondern in der gesamten Gesellschaft das Gebot der Stunde. Schleswig-Holstein hat vieles gemeinsam durchgestanden, wir werden auch diese Krise meistern. Mein großer und aufrichtiger Dank geht an alle, die in Pflege, öffentlichem Dienst, in der Lebensmittelversorgung und an vielen anderen Stellen ihre Pflicht tun - übrigens mit größeren Risiken als wir Abgeordnete - und dafür sorgen, dass das Land am Laufen gehalten wird. Ich glaube, dass das großartig ist. Vielleicht wird die Krise auch der dringend notwendige Anlass sein, neu zu bewerten, welche Arbeit uns viel wert sein sollte.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir diese große Herausforderung bewältigen können und gemeinsam mit Besonnenheit, Verantwortung, Solidarität und Mitmenschlichkeit bestehen werden. Bei allen gravierenden Problemen gelingt es uns vielleicht sogar, in dieser Krise neuen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stiften. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, Volker Schnurrbusch [AfD] und auf der Regierungsbank)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, Herr Abgeordneter Tobias Koch.

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Zualtererst Danke, dass Sie hier im Landtag, aber auch schon während der ganzen letzten Tage immer die richtigen Worte finden. Sie geben den Menschen damit Halt und Orientierung. Genau darauf kommt es jetzt an.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns in einer absoluten Ausnahmesituation. Etwas Vergleichbares hat bislang niemand von uns erlebt. Wir alle sind davon betroffen, und für viele Menschen ist das mit schwerwiegenden Konsequenzen verbunden.

Deshalb ist jetzt nicht die Zeit für politische Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition, sondern jetzt gilt es, gemeinsam zu handeln. Die Fraktionen dieses Hauses tun das in außerge-

wöhnlicher Art und Weise. Über alle Parteigrenzen hinweg beweisen wir damit Haltung und übernehmen Verantwortung.

Stellvertretend für die gesamte Opposition gilt mein besonderer Dank Ihnen, Herr Dr. Stegner, für das besonnene und konstruktive Einbringen, mit dem Sie sich als Oppositionsführer in dieser Situation an die Seite der Regierung gestellt haben.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das ist in der Tat nicht selbstverständlich, und mit Ihnen zusammen am Kabinetttisch zu sitzen, war auch für mich ein besonderes Erlebnis.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle aber vor allem auch unserer Landesregierung meinen Respekt zollen für das entschlossene und konsequente Handeln in den letzten Wochen sowie die transparente Kommunikation. Dieses Lob gilt allen Regierungsmitgliedern, aber auch ich möchte Gesundheitsminister Dr. Heiner Garg, Staatssekretär Dr. Matthias Badenhop und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Hauses besonders erwähnen. Sie machen alle eine exzellente Arbeit. Danke dafür!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Schleswig-Holstein gehörte bei dem Verbot von Veranstaltungen über 1.000 Teilnehmern und bei der Schließung von Kitas und Schulen jeweils zu den ersten Bundesländern, die solche Maßnahmen entschieden haben. Mit dem Verbot sämtlicher öffentlicher Veranstaltungen und der Schließung zahlreicher Einrichtungen hat unsere Landesregierung bereits letzten Samstag die Blaupause für die Bundesländer-Vereinbarung zwei Tage später geliefert.

Die Absperrung der Inseln ab Montagfrüh und die über die Bundesregelung hinausgehende Schließung von Restaurants und Hotels mit gestriger Verordnung zeigen einmal mehr, dass wir in Schleswig-Holstein entschlossen handeln.

Dabei steht für mich außer Frage: All diese Maßnahmen sind zwingend notwendig, denn nur so können wir die Ausbreitung von COVID-19 verlangsamen und damit Menschenleben retten. Deshalb gilt mein Dank an dieser Stelle allen Beschäftigten unseres Gesundheitswesens: Krankenschwestern, Pflegern, Ärztinnen und Ärzten, Rettungssanitätern, Laborassistenten und vielen mehr. Ihr Dienst

**(Tobias Koch)**

für unsere Gesellschaft hat schon immer und jetzt ganz besonders unsere höchste Anerkennung und Wertschätzung verdient.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Überhaupt möchte ich Danke sagen, dass es Menschen gibt, die sich für andere einsetzen und ihnen helfen. In solchen Notsituationen kommt es umso mehr auf Solidarität und Achtsamkeit im Umgang miteinander an.

Meine Gedanken sind deshalb auch bei all denen, die durch diese Krise auf ganz andere Art und Weise in Mitleidenschaft gezogen werden, nämlich Arbeitnehmer, die ihren Job verlieren oder von Kurzarbeit betroffen sind, sowie Freiberufler und Unternehmer, deren berufliche Existenz bedroht ist.

Wie schon in der Finanzkrise im Jahr 2008 werden wir damit konfrontiert sein, dass es zu einer zeitgleichen, weltweiten wirtschaftlichen Abkühlung kommt. Die Folgen einer solchen globalen Rezession sind immens, erst recht für die exportorientierte deutsche Wirtschaft.

Mit vereinfachtem Kurzarbeitergeld, unbegrenzten Liquiditätskrediten und zusätzlichen Investitionen hat die Bundesregierung bereits umfassende Hilfen in die Wege geleitet. Als Land leisten wir mit den im Nachtragshaushalt vorgesehenen 500 Millionen € unseren eigenen Beitrag dazu.

Dank der Schuldenbremse ist die deutsche Staatsverschuldung in den letzten zehn Jahren von über 80 % auf unter 60 % des Bruttoinlandsprodukts gesenkt worden. Dadurch ist der deutsche Staat jetzt voll handlungsfähig und kann hohe Milliardenbeträge mobilisieren, um einer negativen Wirtschaftsentwicklung entgegenzuwirken.

Auch die Schuldenbremse unserer Landesverfassung erlaubt explizit eine Kreditaufnahme zur Bewältigung von außergewöhnlichen Notsituationen, sofern der Landtag heute mit Zweidrittelmehrheit zustimmt. Was für ein starkes Zeichen für unsere Demokratie, dass uns das in der Kürze der Zeit hier gemeinsam gelungen ist! Herzlichen Dank allen Fraktionen!

(Beifall im ganzen Haus)

Ebenso dürfen nach dem Mechanismus der Schuldenbremse konjunkturell bedingte Mindereinnahmen am Ende des Haushaltjahres durch Kredite ausgeglichen werden. Auch davon werden wir bei Bedarf Gebrauch machen müssen.

Man stelle sich einmal vor, wir hätten die Schuldenbremse im vergangenen Jahr aufgeweicht und hätten in guten Zeiten angefangen, Ausgaben über Kredite zu finanzieren; dann besäßen wir diese Risikotragfähigkeit jetzt nicht.

Unser Ziel und unsere Aufgabe sind es, von der deutschen Bevölkerung so weit wie möglich Schaden abzuwenden, in gesundheitlicher ebenso wie in wirtschaftlicher Hinsicht. Deshalb werden wir alles dafür tun, dass unser Land gestärkt aus dieser Krise hervorgeht. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 hat Deutschland eine zehnjährige Erfolgsgeschichte geschrieben. Das muss auch dieses Mal unser Ziel sein.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz auf eine zweite Konsequenz aus der Corona-Krise eingehen, nämlich die erforderliche Ursachenforschung. Es fällt auf, dass wir mit SARS und den verschiedenen Varianten der Vogelgrippe in den letzten zwei Jahrzehnten bereits ähnliche Infektionskrankheiten erlebt haben, deren Ausbreitungsgeschwindigkeit und Sterblichkeitsrate zwar hinter der jetzigen Pandemie zurückblieben, die aber allesamt ihren Ausgang in China genommen haben. Bei SARS war es die Provinz Guangdong, der Ursprung des Vogelgrippe-Erregers H5N1 wird in Hongkong verortet, und jetzt war es die Stadt Wuhan in der Provinz Hubei.

Angesichts dieser Gemeinsamkeit halte ich es für angebracht, in Fragen von Tierhaltung und Lebensmittelsicherheit stärker auf die Volksrepublik China einzuwirken. China ist der zweitgrößte Produzent von Geflügelfleisch weltweit und liegt bei Eiern mit 40 % Weltmarktanteil sogar in der Spitzenposition. Wenn wir in Deutschland über Massentierhaltung diskutieren, dann sind das für chinesische Verhältnisse wahrscheinlich alles Kleinstbetriebe. Das müssen wir uns in der politischen Diskussion vor Augen führen, wenn wir über heimische Produktionsbedingungen entscheiden.

Niemandem ist damit geholfen, wenn aufgrund immer höherer Auflagen landwirtschaftliche Tierproduktion aus Deutschland ins Ausland abwandert und dort zu deutlich schlechteren Bedingungen erfolgt, als es in Deutschland der Fall ist.

(Beifall CDU und FDP)

Gegen Massentierhaltung in China vorzugehen, erscheint mir daher die viel notwendigere Maßnahme als manche Diskussion, die wir in Deutschland und Europa führen. Ich finde, hier ist die internationale

**(Tobias Koch)**

Staatengemeinschaft aufgefordert zu handeln. Wie die Corona-Pandemie zeigt, sind das keine innerchinesischen Angelegenheiten, sondern das Verhalten Chinas hat - wie beim Klimaschutz - Auswirkungen auf die ganze Welt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alles in allem werden die Zeiten herausfordernd. Bislang konnte Jamaika unter bestmöglichen Rahmenbedingungen regieren. Die eigentlichen Führungsqualitäten zeigen sich aber immer erst in der Krise. So wie unsere Landesregierung die Situation in den letzten zwei Wochen gemeistert hat, bin ich mir sicher, dass wir auch diese Bewährungsprobe bestehen werden. Lassen Sie uns als Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner zusammenhalten. - Herzlichen Dank, und bleiben Sie gesund!

(Beifall im ganzen Haus)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier vor einer relativ leeren Besuchertribüne zu sprechen, zeigt, dass wir in einer anderen Situation sind. Normalerweise würden dort Schülerinnen und Schüler sitzen. Ich begrüße Sie trotzdem sehr herzlich bei dieser Debatte.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich dem Dank meiner Vorredner anschließen. Das ist nicht nur ein Dank an die Landesregierung, die hier einen wirklich großartigen Job macht, sondern auch an uns als Parlament, wie wir zusammenhalten, insbesondere ein Dank an die Opposition.

Ich möchte meinen Dank besonders gegenüber denjenigen aussprechen, die zurzeit heilen, die sich auf eine Krise in den Krankenhäusern vorbereiten, die dafür sorgen, dass alle Menschen versorgt sind, die trösten und helfen, auch gegenüber denjenigen, die Angst davor haben, einsam zu sein, wenn sie eventuell in Quarantäne kommen, und auch gegenüber denjenigen, die dafür sorgen, dass wir weiter sicher leben; bei all den schwierigen Restriktionen, die durchgesetzt werden müssen, hat auch die Polizei in unserem Land eine schwierige Herausforderung vor sich.

Das Wichtigste ist, dass der Dank, den wir hier alle wiederholen, nach der Krise nicht vergessen sein

darf. Wir müssen jetzt gucken, wer die Leistungsträger und Leistungsträgerinnen unserer Gesellschaft sind. Das sind zum großen Teil diejenigen, die noch zur Arbeit gehen, die nicht im Homeoffice arbeiten können. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Menschen auch nach der Krise weiter als Leistungsträger und Leistungsträgerinnen bezeichnet und entsprechend entlohnt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, ein Dank gilt auch denjenigen in der Bevölkerung, die zu Hause bleiben und damit Leben retten. Auch ihnen gilt der Dank dafür, dass sie sich an die Empfehlungen der Regierung und des Robert-Koch-Instituts, die wir immer wieder hören, halten und nicht die Chance nutzen, an den „freien“ Tagen hierhin oder dahin zu fahren. Auch denen gilt der Dank, die jetzt zeigen, dass sie solidarisch mit denen sind, die in den Krankenhäusern helfen.

Meine Damen und Herren, es wird immer wieder die Frage gestellt, ob Politik zu spät oder panisch handelt, ob sie übertrieben handelt oder „hinter der Lage ist“. Ich glaube, dass es ein Balanceakt ist, und dieser Balanceakt wird von dieser Landesregierung sehr gut gehandelt. Vielen Dank dafür!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Es ist auch ein Balanceakt, wenn man sich überlegt, dass man schneller voranschreiten will, weil die Bevölkerung - das ist zumindest die Wahrnehmung in meinem Umfeld - sagt: Gebt uns klare Handlungsanweisungen, gebt uns klare Richtlinien, macht auch einschneidende Maßnahmen, aber macht sie möglichst gleichmäßig! Menschen verstehen nicht, dass zum Beispiel der Friseur noch offen hat, man sich aber keine Schuhe mehr kaufen kann. Das sind Entscheidungen, die schwer zu vermitteln sind. Auch wir haben über diese Fragen diskutiert.

Es ist allerdings richtig, dass sich diese Landesregierung bemüht, die Maßnahmen im nationalen Einklang umzusetzen. Denn es ist natürlich nicht zu verstehen, dass man in Schleswig-Holstein nicht in den Club gehen darf, in Hamburg am selben Abend aber schon. Auch da geht es um einen Balanceakt: Wo kann ein Land voranschreiten, um andere mitzunehmen, und an welcher Stelle wollen wir den nationalen Einklang und gemeinsam handeln?

Keine Alleingänge und auf die Eigenverantwortung der Menschen setzen, das ist das, was es für manche Menschen schwierig macht. Ich habe das Mon-

**(Eka von Kalben)**

tag selbst erlebt: Mein Sohn war im Biosupermarkt arbeiten, hat sehr viele Kunden und Kundinnen gehabt, um 13 Uhr waren bestimmte Artikel ausverkauft, er hat an dem Tag zu sehr vielen Menschen Kontakt gehabt. Am Abend wollte er sich mit seinem besten Freund aus dem Dorf treffen, um ein bisschen am Computer zu daddeln. Ich habe gesagt: „Das geht doch nicht, der kann nicht zu uns nach Hause kommen, das ist eine weitere Kontaktperson.“ - Da guckte er mich groß an und sagte: „Weißt du, wie viele Kontaktpersonen ich heute im Geschäft hatte? Und jetzt soll ich mich abends nicht mit meinem besten Freund treffen dürfen? Wir können uns doch vorher die Hände waschen.“

Das ist ein Beispiel. Man kann darauf verzichten, sich mit Freunden zu treffen. Etwas Ähnliches habe ich bei der Zahnärztin erlebt, bei der ich angerufen und gefragt habe, ob ich meine Mutter noch vorbeibringen kann, die Probleme mit ihrem Gebiss hat und nicht vernünftig kauen kann. Ist das jetzt ein Notfall, will sie das noch behandeln, oder sagt sie: „Das schieben wir jetzt zurück“? Denn sie hat von sich aus gesagt: „Ich sage allen Menschen ab, bei denen es nicht um einen Notfall geht, weil ich versuche, die Zahl der Kontakte zu minimieren.“

Bei diesen Fragen stehen wir in der Bevölkerung vor großen Herausforderungen. Es ist gut, wenn Politik Leitlinien zum Schutz der Bevölkerung gibt.

Ich glaube auch, dass es richtig ist, dass wir uns in Schleswig-Holstein dafür entschieden haben, den Tourismus einzuschränken. Auch das ist eine große Herausforderung. Ich habe gestern den Tourismusminister im NDR gehört, der natürlich nicht froh darüber ist, sagen zu müssen: Bitte kommt nicht nach Schleswig-Holstein!

Wir müssen uns abschotten, aber wir dürfen das nicht in dem Geist tun, dass sozusagen die anderen die Bösen sind, sondern es muss klar werden: Wenn jeder zu Hause bleibt, ist vielen geholfen.

Wir brauchen - das gelingt zurzeit gut - gute Information und Transparenz. Den Aufruf, dass wir Abgeordnete alle Pressesprecher und Pressesprecherinnen für die Corona-Krise sein sollen, sollten wir ernst nehmen und die Landesregierung dabei unterstützen, die Informationen zu verteilen. Wir haben uns vorgenommen, alles regelmäßig intensiv zu lesen, damit wir die eine oder andere Bürgeranfrage abnehmen können. Ich kann mir vorstellen, dass die Kanäle im Ministerium derzeit überlaufen.

Wir sollten auch insofern mit Optimismus in die Krise gehen, dass sich in Krisen auch viele Chancen zeigen können. Dafür ist der Haushalt, den wir

heute beschließen, ein gutes und starkes Signal, auch mit dem Hilfsfonds für die Wirtschaft.

Ein letzter Satz, wir haben uns ja vorgenommen, es heute kurz zu machen, damit wir uns nicht zu lange gemeinsam in einem Raum aufhalten und uns eventuell anstecken. Das Zuhausebleiben können wir auch als eine Chance nutzen, solidarisch zu sein oder sich mit Dingen zu beschäftigen, die man länger nicht mehr angefasst hat, für die man sich keine Zeit nehmen konnte.

Ich wünsche allen Menschen, die sich Sorgen um ihre Angehörigen oder ihre eigene Gesundheit machen, dass sie gesund bleiben. Ich wünsche auch Ihnen allen, dass Sie gut durch diese Krise kommen und wir hier wieder unter guten Umständen zusammen tagen können. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Christopher Vogt.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind als gesamte Gesellschaft von diesem neuartigen Virus wirklich herausgefordert. Noch vor wenigen Wochen habe auch ich die mögliche Ausbreitung dieses Virus bei uns in Europa total unterschätzt. Es geisterten billige Scherze über den Krankenhausbau in Wuhan durchs Netz und Vergleiche mit dem Berliner Flughafen, die völlig schwachsinnig waren. Viele haben das eher belächelt und gesagt: Das hat mit uns nichts zu tun.

In unserer globalisierten Welt ist aber eine Epidemie, die sich in China ausbreitet, eben auch ganz schnell unser Problem. Das müssen wir jetzt schmerzlich erfahren und auf diese Situation, die wir so noch nie hatten, sehr konsequent und verantwortungsvoll reagieren.

Dass ich als Liberaler einmal solche freiheitseinschränkenden Maßnahmen mit verantworten würde, hätte ich noch vor Kurzem nicht für möglich gehalten, aber zur Freiheit gehört auch immer Verantwortung. Insbesondere in dieser Krise gilt mehr denn je: Nicht nur der Staat oder die Politik tragen eine große Verantwortung, sondern jeder Einzelne in unserer freien Gesellschaft. Ich möchte an das Gewissen jedes Einzelnen appellieren, unnötige Kontakte zu vermeiden. Auch wir Abgeordnete haben in diesen Tagen, Wochen und Monaten eine besondere

(Christopher Vogt)

Verantwortung, Vorbild zu sein. Dass wir heute die Handlungsfähigkeit des Staates und der Demokratie dokumentieren, ist richtig, aber ansonsten sollten auch wir unnötige Kontakte vermeiden.

Gleichwohl möchte ich unserer Landesregierung für ihr besonnenes und sehr konsequentes Handeln aufrichtig danken. Gerade in dieser Krise zeigt sich sehr deutlich, dass unser Bundesland bei allen Problemen, mit denen wir derzeit zu kämpfen haben und die uns allen noch eine schwere Zeit bescheren werden, in guten Händen ist. Ich schließe da niemanden aus.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, insbesondere unserem Ministerpräsidenten Daniel Günther für seine ruhige und besonnene Art zu danken, aber auch ganz besonders unserem Gesundheitsminister Dr. Heiner Garg und seinem Staatssekretär Dr. Matthias Badenhop, unserem Wirtschaftsminister, der Finanzministerin, auf die noch sehr viel zukommen wird, und unserem Innenminister, der auch eine große Verantwortung trägt.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich möchte aber auch ausdrücklich der Opposition im Landtag für das konstruktive Miteinander in den letzten Tagen danken. Besondere Zeiten verlangen nach besonderer Verantwortung. Dass dies mit sehr großer Ernsthaftigkeit und viel Verantwortungsbewusstsein in dieser Form möglich ist, ist das richtige Signal an die Menschen in Schleswig-Holstein, die dies nach meiner Einschätzung sehr positiv aufnehmen; das sind zumindest die Rückmeldungen, die mich erreichen. Jetzt sind Führung, Aufklärung und Zusammenhalt gefragt.

Der produktive Streit unter Demokraten - Herr Dr. Stegner hat das gesagt - ist etwas sehr Wertvolles und sollte ansonsten eher befördert als eingedämmt werden, aber für allzu lange Diskussionen ist in dieser Notsituation nun einmal kein Platz.

Ich finde es auch absolut richtig, dass man sich mittlerweile auf Bundes- und auf norddeutscher Ebene sehr eng abstimmt - das ist auch als Signal an die Bevölkerung sehr wichtig -, aber Schleswig-Holstein geht da bisher auch couragiert voran, und dies nicht etwa zur Profilierung, sondern weil es schlichtweg notwendig ist. Je schneller man in dieser Phase handelt, umso besser ist es am Ende.

Der Föderalismus mit seiner Dezentralität und seinem Wettbewerb hat auch in der Krise nicht nur Nachteile, wie einige meinen, die den Föderalismus schon immer furchtbar fanden, sondern auch erhebliche Vorteile. Ich will einmal darauf verweisen,

wie es wohl mit Schulschließungen gewesen wäre, wenn diese Frage auf Bundesebene entschieden worden wäre. Ich bin der Meinung, dass es gut ist, dass es Bundesländer gibt, die vorangehen und Orientierung bieten. Auch das Lagebild vor Ort kann von einer Landesregierung besser bewertet werden als von einer Bundesregierung.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir muten jedem Einzelnen in Schleswig-Holstein derzeit sehr viel zu. Je nach Beruf sind die Menschen natürlich sehr unterschiedlich belastet, aber wir greifen ja auch tief ins Privatleben und in bestimmte Freiheitsrechte jedes Einzelnen ein. Wir werben dafür um Verständnis. Es macht uns wirklich keinen Spaß, ganz im Gegenteil, es betrübt uns sehr.

Wir machen das, was uns virologisch sinnvoll erscheint und was uns die Experten raten. Die allermeisten Menschen in Schleswig-Holstein verhalten sich zum Glück wirklich vorbildlich. Sie sind rücksichtsvoll und hilfsbereit. Die wenigen Menschen, die dies nicht tun, gefährden nicht nur völlig unnötig ihre Mitmenschen, sondern haben auch in den letzten Tagen weitere Verschärfungen unserer Maßnahmen provoziert. Um es ganz deutlich zu sagen: Wir hätten vieles vielleicht gar nicht machen müssen, wenn sich alle an die Appelle gehalten hätten.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich verstehe absolut, dass diese Maßnahmen für viele Menschen schon jetzt sehr schwierig sind. Es fällt natürlich nicht leicht, seine selbstverständlichen Abläufe und Gewohnheiten schlagartig zu ändern und die sozialen Kontakte auf das Notwendigste zu reduzieren. Es fällt nicht leicht, mit den Kindern nicht mehr die Großeltern besuchen oder Geburtstage nicht einmal mit den engsten Freunden feiern zu können.

Wir müssen aber schlichtweg Zeit gewinnen, um unser Gesundheitssystem besser auf diese Krankheit einzustellen, damit wir das Ausmaß dieser Katastrophe zumindest begrenzen und einigermaßen im Griff behalten können. Das ist ein hoher Anspruch, wenn wir dieser Tage zum Beispiel zu unseren italienischen Freunden schauen, in die Lombardei gucken, wo sich in den Krankenhäusern dramatische Szenen abspielen.

Unser Gesundheitssystem ist natürlich nicht perfekt und in Teilen auch wirklich reformbedürftig, aber wir sehen gerade auch, dass es doch deutlich besser

(Christopher Vogt)

und krisenfester ist als in vielen anderen Industrienationen. Jetzt gilt es, alles bestmöglich vorzubereiten und Reserven, zum Beispiel Ärzte, Bundeswehrreservisten oder auch Pflegeschüler, zu mobilisieren, um die Beschäftigten nach Möglichkeit noch besser zu unterstützen und zu entlasten.

Alle Menschen im Gesundheitswesen verdienen mehr denn je unseren ausdrücklichen Dank und unsere Unterstützung. Deshalb ist auch die Einigung mit den Beschäftigten am UKSH das richtige Signal zur richtigen Zeit. Die FDP-Fraktion unterstützt das Ergebnis ausdrücklich und dankt allen Beteiligten, allen voran der Finanzministerin, die sich extrem dafür eingesetzt hat. Liebe Monika Heinold, vielen Dank dafür! Ein weiter schwelender Konflikt wäre in der aktuellen Lage katastrophal gewesen. Es ist gut, dass wir dies abwenden konnten.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Personal hat mehr Unterstützung und Verlässlichkeit verdient. Wir alle müssen jetzt mehr Rücksicht aufeinander nehmen, insbesondere auf die vielen Menschen mit Vorerkrankungen und die Älteren in unserer Gesellschaft, also auch die Menschen, die unser Land aufgebaut und starkgemacht haben.

Bei all den Unverantwortlichen, die Pandemie mit Party verwechseln, sollten wir nicht übersehen, dass eine breite Welle der Solidarität durch unser Land geht. Nachbarn helfen sich beim Einkauf oder bei der Kinderbetreuung. Wer gesund ist, ist dazu aufgerufen, zum Blutspenden zu gehen.

Die sozialen Medien sind vielfach hilfreich, aber auch da trennt sich die Spreu vom Weizen und zeigt sich der wahre Charakter in der Krise. Denn viele verbreiten dort Panik. Daniel Günther hat recht: Wir müssen konsequent gegen Fake News angehen, mehr denn je.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unser vielfältiges Ehrenamt unterstützt mehr denn je die Hauptamtler, auf die es jetzt besonders ankommt. Wir müssen jetzt vor allem dafür sorgen, dass Ärzte und Pflegekräfte, aber auch alle betroffenen Ehrenamtler im Gesundheitsbereich bestmöglich ausgestattet werden, um sie schützen zu können. Ihnen muss unsere besondere Unterstützung gelten. Die Gesundheitsämter werden stetig weiter aufgerüstet und die Testinfrastruktur ausgebaut.

Ich danke aber auch den Menschen, die zum Beispiel in der Lebensmittelversorgung tätig sind, auch unseren Landwirten sowie unseren Polizeibeamten,

Feuerwehrlenten und auch Paketboten, die in diesen Zeiten vor eine besondere Herausforderung gestellt und besonderen Risiken ausgesetzt sind. Auch die Menschen in der öffentlichen Verwaltung sind jetzt mehr denn je gefordert, Pragmatismus zu zeigen. Das kennen sie im Zweifel schon aus dem Jahr 2015 und den nachfolgenden Jahren, aber jetzt ist das noch einmal eine ganz neue Herausforderung.

Viele Menschen haben die nächsten Wochen viel Zeit, um das Arbeitszimmer aufzuräumen, den Garten herzurichten oder Bücher zu lesen, wie man jetzt vielfach hört und liest. Ich empfehle, dabei auch einmal darüber nachzudenken, ob man sich nicht irgendwo ehrenamtlich dauerhaft einbringen könnte, falls man das bisher nicht getan hat.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Es mag vielleicht im ersten Moment komisch klingen, aber ich glaube, viele Menschen sollten auch darüber nachdenken, demnächst bei der Ernte zu helfen, denn mit Sicherheit werden viele Menschen, die uns aus den osteuropäischen Ländern dabei bisher unterstützt haben, in Kürze nicht zu uns kommen können.

Was mich besonders ärgert, ist die Glorifizierung der Krise, die im Netz teilweise wahrnehmbar ist. Das ist wirklich völlig daneben und unangebracht. Es ist keine Zeit für Urlaub. Jeder kann und sollte seinen Beitrag leisten, um in der Krise zu helfen.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einige Punkte kurz ansprechen. Die Schließungen insbesondere von Schulen und Kitas sind für viele Familien eine besonders große Herausforderung. Ich war etwas überrascht, wie wenige Kinder schon ab dem ersten Tag in die Notbetreuung gegeben wurden. Wir hatten mit anderen Zahlen gerechnet. Viele Menschen arbeiten daran, ihre Kinder nun möglichst sinnvoll zu beschäftigen, um keinen Lagerkoller aufkommen zu lassen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann jetzt nicht nur zeigen, wie effektiv er die Erwachsenen informieren kann, sondern auch, was er zur Bildung der Kinder und Jugendlichen beitragen kann.

(Zuruf)

- Genau, das tut er auch schon, aber da ist trotzdem noch etwas zu tun. - Auch viele private Bildungsanbieter stellen ihre Inhalte jetzt kostenlos ins Netz. Dafür vielen Dank. Ich hoffe, dass viele Kinder die

**(Christopher Vogt)**

Zeit zu Hause auch dafür verwenden können, um diese zu nutzen.

Nicht wenige Schulen bieten digitale Lerninhalte an, aber wir könnten und müssten da in Deutschland natürlich deutlich weiter sein. Es wird sicherlich eine der vielen Lehren aus dieser Krise sein, dass wir hier zukünftig viel engagierter sein müssen. Das betrifft natürlich auch die Hochschulen mit Online-Vorlesungen und viele andere Dinge.

Dass wir die Touristen, von denen viele Menschen in Schleswig-Holstein leben, einmal auffordern würden, abzureisen oder gar nicht erst anzureisen, hätte ich ebenfalls nicht gedacht. Aber es muss leider sein, um die Infektionsketten besser unterbrechen zu können.

Nicht nur der Tourismusbranche musste in den letzten Tagen de facto die wirtschaftliche Grundlage entzogen werden, sondern vielen anderen leider auch. Es ist richtig, dass die Bundesregierung darauf reagiert und Steuerstundungen, die Ausweitung der Kurzarbeit und weitere KfW-Kredite beschlossen hat. Ich glaube aber nicht, dass dies ausreichen wird. Viele Unternehmen und Freiberufler brauchen jetzt schnelle und unbürokratische Hilfe, damit sie die Krise überstehen können.

Deshalb beschließen wir heute, 500 Millionen € freizugeben, mit denen die Landesregierung die Maßnahmen des Bundes für diejenigen ergänzen kann, die in ihrer Existenz bedroht sind. Wir begegnen damit nicht nur den gesundheitlichen, sondern auch den ökonomischen Sorgen vieler Menschen. Die genaue Ausgestaltung wird sehr zeitnah erarbeitet werden. Bund und Länder sollten sich auch hier abstimmen und sinnvoll ergänzen.

Wir wollen den wirtschaftlichen Schaden begrenzen, aber wir sollten uns nichts vormachen: Dieser wird gewaltig sein. Das ist - glaube ich - nicht vergleichbar mit der Finanzkrise vor zwölf Jahren. Wir lassen niemanden im Stich - das ist das gemeinsame Signal des Hohen Hauses mit dem heutigen Beschluss. Über wichtige Investitionen hinaus, die jetzt ein bisschen in den Schatten treten, beschließen wir schnelle Hilfen. Man möchte den Menschen jetzt natürlich insgesamt gern eine Perspektive aufzeigen - viele Menschen fragen uns danach -, aber das ist leider extrem schwierig.

Wichtig ist zu sagen, dass diese Krise glimpflicher ausgehen und schneller überwunden werden kann, wenn wir alle unseren Beitrag leisten. Dann können wir irgendwann wieder die Grenzen öffnen und die verschiedenen Maßnahmen schrittweise aufheben.

Es gibt da nichts, was ich dauerhaft beibehalten möchte.

Es wird über den Katastrophenfall gesprochen. Ich bin dem Innenminister sehr dankbar, dass er darauf hingewiesen hat, dass viele Menschen unterhalb der Ausrufung des Katastrophenfalls freigestellt werden können, dass viele Maßnahmen, die damit verbunden werden, jetzt schon möglich sind. Man muss schauen, ob das sinnvoll ist oder nicht.

Ich hoffe, dass es schnell Forschungsergebnisse und neue Medikamente und vor allem Impfstoffe geben wird. Jetzt geht es aber erst einmal um Verantwortungsbewusstsein und Zusammenhalt.

Ich wünsche Ihnen allen, dass Sie gesund bleiben und wir diese Krise gemeinsam gut bewältigen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Jörg Nobis [AfD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der AfD hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Jörg Nobis.

**Jörg Nobis [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

„Es sind nur ein paar Tage bis zur Ausgangssperre in Deutschland.“

So wird ein hoher EU-Beamter gestern Abend online auf „Welt+“ zitiert. Deutschland würde sich dann einreihen hinter Italien, Spanien, Frankreich, Österreich und Belgien.

Sehr geehrter Herr Günther, der Ministerpräsident des Landes NRW, Armin Laschet, spricht von einer „dramatischen“ Entwicklung und will auch für Nordrhein-Westfalen Ausgangssperren nicht mehr ausschließen. Sie haben gestern auf Nachfrage betont, über diese Möglichkeit im Kabinett noch nicht gesprochen zu haben. Wollen wir hoffen, dass uns dieser Schritt erspart bleibt!

Für Ihre eindringlichen und mahnenden Worte zur Corona-Pandemie danke ich Ihnen deshalb. Es ist wichtig, dass wir alle begreifen, dass es sich eben nicht um eine gewöhnliche Grippewelle oder eine etwas stärkere Erkältung mit Husten handelt. Die Situation ist ernst, sehr ernst.

Meine Damen und Herren, im Vergleich mit allen anderen Bundesländern ist Schleswig-Holstein bislang bei den eingeleiteten Maßnahmen vorwegge-

(Jörg Nobis)

gangen - und das bei vergleichsweise noch niedrigen Fallzahlen. Das begrüße ich ausdrücklich, Herr Ministerpräsident.

Trotzdem wird - wenn man die letzten Tage und Wochen einmal Revue passieren lässt - eines klar: Wir alle waren gewarnt. Die erste Warnung kam von den Chinesen selbst an die WHO; das war am 31. Dezember 2019. Am 7. Januar 2020 wurde das neue SARS-CoV-2-Virus als Erreger identifiziert. Den ersten Todesfall gab es am 11. Januar 2020. Ab dem 13. Januar 2020 begann die Ausbreitung außerhalb Chinas, während am 23. Januar 2020 Wuhan unter Quarantäne gestellt wurde. Am 24. Januar 2020 gab es die ersten bestätigten Fälle in Europa, und einen Tag später weitete China seine Isolationsmaßnahmen massiv aus.

Am 27. Januar 2020 wurde der erste Fall in Deutschland bekannt - doch Kontrollen an Flughäfen? - Fehlanzeige. Einreiseverbote? - Fehlanzeige. Erst heute wird durchgegriffen. Das ist gut so, aber das kommt zu spät.

Russland hatte bereits Mitte Februar 2020 seine Grenze zu China geschlossen, und am 20. Februar 2020 ein Einreiseverbot für chinesische Staatsbürger verfügt. Spätestens ab diesem Zeitpunkt hätte auch die Bundesregierung entsprechende Maßnahmen in Angriff nehmen müssen. Wochenlang schien Corona weit weg. Während weltweit Virologen warnten und konsequentes Einschreiten forderten, übten sich Regierungsstellen und das öffentlich-rechtliche Fernsehen im Beschwichtigen. Während Italien bereits massiv betroffen war und ganze Städte abriegelte, lief im Bayrischen Rundfunk noch ein Videospot, der uns erklärte, wie harmlos das Coronavirus in Wirklichkeit sei. Von einer Erkältungskrankheit war die Rede.

Andere europäische Nachbarn haben sich besser aufgestellt und sehr früh das öffentliche Leben heruntergefahren, bis hin zu Grenzkontrollen, Grenzschließungen oder Ausgangssperren. Unsere osteuropäischen Nachbarn, allen voran Polen, haben mit der Schließung ihrer Grenzen beherzt durchgegriffen. Sie sind damit auf dem richtigen Weg, Worst-Case-Szenarien für ihre Länder tatsächlich noch in letzter Sekunde zu vermeiden.

Und bei uns? - Da erschien erst am 26. Februar 2020 der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn auf der Bildfläche, wusch sich öffentlichkeitswirksam die Hände. Während andere Länder ihre Grenzen schlossen und Einreiseverbote aussprachen, wurde bei uns propagiert, dass Grenzschließungen

nun auch nichts mehr brächten; das Virus sei ja nun einmal schon da.

Seit dieser Woche sieht das zum Glück anders aus, meine Damen und Herren. Wir sehen: Grenzkontrollen sind möglich, und sie schützen die Bürger. Grenzen zu - das geht eben doch, wer hätte das gedacht.

Bis dahin war es aber ein weiter Weg, ein Schlingerkurs, eine Salamtaktik inmitten eines wilden, föderalen Klein-Kleins, bei dem zwischenzeitlich sogar Landkreise richtigerweise die Entscheidungen trafen, die eigentlich durch die Landesregierungen hätten getroffen werden müssen. Das Hickhack um die Durchführung von Veranstaltungen - unter 1.000 Personen, über 1.000 Personen, 999 Personen - ist ein Lehrstück darin, wie man es nicht macht. Die Abstimmung zwischen den Bundesländern bei der Frage der Schulschließungen lief da schon etwas sortierter ab, ist aber ebenfalls noch entfernt davon, als optimal bezeichnet zu werden.

Die Landesregierungen in NRW und in Baden-Württemberg handelten definitiv zu spät und viel zu zögerlich. Wir laufen im Land nach wie vor der Krise hinterher.

Damit lässt sich auch gut zusammenfassen, was in Berlin im Zuge der Corona-Krise getan wurde: Die Bundeskanzlerin Merkel hat eindrucksvoll belegt, dass ihr ein Führungsanspruch für dieses Land nicht mehr zusteht. Sie hat es wochenlang versäumt, konkrete und einschneidende Maßnahmen zu treffen und stattdessen eine Politik der Beschwichtigung und Verharmlosung betrieben.

So sehr dies vielfach - auch für Schleswig-Holstein - galt, erkenne ich doch an, dass Sie, Herr Günther, mittlerweile das Richtige und mehr tun als die meisten anderen Landesregierungen. Ihr aktuelles Vorgehen trägt dazu bei, dass wir alle gemeinsam das Gesundheitssystem hoffentlich vor einem Kollaps bewahren. Dazu müssen wir nämlich die Ausbreitung des Virus in Schleswig-Holstein bremsen. Das geht nun einmal nicht ohne einschneidende Maßnahmen. Deshalb haben Sie uns - ich weiß, das hören Sie nicht gern - an Ihrer Seite, Herr Ministerpräsident.

Diese Krise hat neben den drastischen Auswirkungen auf unser Gesundheitssystem allerdings auch ganz verheerende wirtschaftliche Auswirkungen auf die Menschen im Land. Wir stehen nicht nur bei der akuten Bewältigung durch unser Gesundheitssystem, nein, auch bei ökonomischer Betrachtung vor einer Riesenherausforderung. Von der „Mutter aller Rezessionen“ ist gar die Rede.

(Jörg Nobis)

Ein Monat Stillstand kostet Deutschland etwa 4 % Wirtschaftswachstum. Noch gibt es keine Garantie, wann es wieder in vollem Umfang weitergehen kann. An den anderen hier im Haus vorbereiteten Maßnahmen lässt sich ablesen: Das Landeshaus bereitet sich zumindest auf die Möglichkeit vor, dass eben nicht alles in vier oder sechs Wochen wieder „auf normal“ gestellt werden kann. Dieser Zustand kann länger andauern. Das muss uns bewusst sein.

Wenn die Wirtschaft am Boden liegt, heißt dies sehr schnell, dass Existenzgrundlagen in Gefahr geraten. Dafür werden jetzt verschiedene Rettungsschirme gespannt. Das Kurzarbeitergeld soll - sogar rückwirkend - einfacher und großzügiger gezahlt werden. KfW-Notkredite sollen Liquiditätslücken schließen, sind aber frühestens in zwei bis drei Wochen verfügbar. Machen wir uns bitte nichts vor: Kurzarbeitergeld hilft übergangsweise, auch KfW-Kredite helfen übergangsweise, ebenso die Absenkung von Steuervorauszahlungen und -stundungen.

Es ist deshalb richtig, dass Sie jetzt auch Geldmittel zur Bewältigung dieser außerordentlichen Situation bereitstellen. 500 Millionen € sind ein guter erster Schritt. Ob die Summe mit fortschreitender Zeit ausreichen wird, darf gleichwohl bezweifelt werden. Entscheidend ist jetzt, dass dieses Geld auch bei denjenigen ankommt, die es am dringendsten benötigen. Das sind vor allem kleine und mittlere Unternehmen, aber eben auch Einzelunternehmer. Dazu gehören auch Selbstständige und Freischaffende, dazu gehören Künstler ebenso wie kleine Einzelhändler. Sonst wachen wir nämlich in einigen Wochen auf und finden die ohnehin schon kriselnden Innenstädte leer vor.

Kleinen inhabergeführten Betrieben ohne viele Angestellte hilft das Kurzarbeitergeld kaum. Auch KfW-Kredite sind da nicht besonders zielführend. Hier brauchen wir im Land zielgenaue Hilfsprogramme, denn auf den Bund dürfen wir nicht warten. Dazu gehört natürlich unser Tourismus mit der Veranstaltungsindustrie und dem gesamten Gastgewerbe. Die plötzlichen Umsatzeinbußen werden ohne Hilfen von vielen Betrieben kaum zu stemmen sein. Dass die 500 Millionen € die jetzt bereitgestellt werden, kreditfinanziert werden, obwohl das kürzlich abgeschlossene Haushaltsjahr einen Überschuss von 557 Millionen € erbracht hat und auch im laufenden Haushalt viel Geld für viele politische Lieblingsprojekte bereitgestellt wird, ist zwar bedauerlich, aber offensichtlich aktuell und auf die Schnelle nicht anders darstellbar.

In diesen Zeiten wollen wir uns nicht im parteipolitischen Klein-Klein aufhalten.

(Lachen CDU und SPD)

Politik muss in diesen Zeiten zusammenstehen und mehr denn je parteipolitische Spielchen hintenanstellen.

(Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

Wir sind dazu bereit, und wir stimmen trotz der Bedenken, die wir bei einer Reihe von Punkten im Nachtragshaushalt haben, diesem zu. Zu wichtig ist die Hilfe für die Menschen in unserem Land in diesen beispiellosen Zeiten.

Zum Schluss gilt mein Dank noch all denjenigen außerhalb der Politik, die in dieser Krise das Land mit großem persönlichen Einsatz am Laufen halten, ganz besonders den Krankenschwestern, Pflegekräften und Ärzten, den Mitarbeitern in den Verwaltungen und insbesondere in den Gesundheitsämtern, den Einsatzkräften von Polizei, Feuerwehr und auch den Reservisten der Bundeswehr, die jetzt gegebenenfalls zum Sanitätsdienst antreten, also den vielen Menschen, die dafür sorgen, dass unser Gemeinwesen jetzt nicht zusammenbricht. Vielen Dank dafür.

(Beifall AfD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ja, für parteipolitische Spielereien ist kein Platz. - Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Abgeordnete Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier am Pult zu stehen und seine grenzpolitischen Fantasien auszuleben, das kann man machen. Ich glaube aber, das führt nicht wirklich zu etwas.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich freue mich, wenn irgendwann diese Krise überstanden ist und die Menschen wieder fröhlich über die Grenzen innerhalb der EU schreiten, hin- und herfahren, Menschen besuchen können - und das Ganze unkontrolliert, ohne Zollkontrolle passieren kann.

(Jörg Nobis [AfD]: Darauf freuen wir uns auch, Herr Harms!)

Diese Vision zu haben, das ist eigentlich die Botschaft, die heute von hier ausgehen muss: Wir freuen uns darauf, dass sich alle Menschen später wieder frei bewegen können!

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt AfD)

(Lars Harms)

Ich glaube, heute ist eher der Tag, an dem man danke sagen muss. Ich bin zwar Oppositionspolitiker, aber: Daniel und Heiner, was ihr da auf die Beine gestellt habt - zusammen mit den anderen Mitgliedern der Landesregierung -, das ist schon aller Ehren wert. Ihr bewahrt die Ruhe, ihr arbeitet besonnen, ihr wägt ab, und vor allem - das ist ganz wichtig in dieser Krise - trefft ihr klare Entscheidungen. Dafür den herzlichen Dank des SSW.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mein Dank richtet sich auch an die vielen Mitarbeiter, die irgendwo in der Landesverwaltung für uns tätig sind. Das ist nicht nur - wenn oft auch hauptsächlich - das Sozialministerium, sondern da gibt es noch viele andere, übrigens auch hier in der Landtagsverwaltung. Wenn man die Kolleginnen und Kollegen vom Wissenschaftlichen Dienst irgendwann zum späten Abend darum bittet, sich doch noch einmal hinzusetzen und irgendwelche Gesetzesvorschläge zu formulieren, dann klappt das. Dass das so toll klappt, ist aller Ehren wert. Also auch vielen herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Meine Damen und Herren, auch die, die hauptamtlich tätig sind, und die, die ehrenamtlich tätig sind, und sich durchaus Schwierigkeiten aussetzen, beispielsweise Leute in der Pflege, in den Krankenhäusern, die Polizisten, die im Land tätig sind und viele mehr sowie auch Menschen, die es durch Nachbarschaftshilfe ermöglichen, für ältere Mitbürger die Einkäufe zu erledigen, oder die anderen Menschen bei der Kinderbetreuung helfen, haben unser aller Dank verdient. Das zeigt, wie toll wir im Land Schleswig-Holstein leben und wie solidarisch wir miteinander sind. Auch das ist eine ganz, ganz tolle Leistung.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir merken also: Der Staat funktioniert. - Das finde ich klasse. Der Staat funktioniert, weil die Politik handelt und Menschen da draußen mit anpacken. Deshalb ist es auch wichtig, noch einmal deutlich zu machen, dass wir als Parlament unserer Verantwortung nachkommen. Man sieht es schon an dem Bild, das wir heute abgeben, dass wir Abstand zueinander halten und vorsichtig sind, aber trotzdem wichtige Entscheidungen treffen, auf die ich gleich noch eingehen werde. Aber man muss auch deut-

lich sagen, dass wir uns in einer sehr besonderen Situation befinden. Ich will nicht sagen: „Sie ist gefährlich“, um den Menschen keine Angst zu machen, aber wir stehen hier vor einer besonderen Herausforderung, wie wir sie eigentlich noch nie gehabt haben.

Wir werden heute einen Beschluss fassen, mit dem wir es ermöglichen, dass wir auch als Notparlament zusammentreten können, dass also elf Abgeordnete ausreichen, um vorsorgliche Entscheidungen zu treffen, falls es nicht möglich ist, sich in diesem Kreis hier zu treffen. Das ist ein starker Eingriff in unsere verfassungsmäßigen Rechte. Wir werden diesen Eingriff nur zeitlich begrenzt durchführen und haben ihn so formuliert, dass alle Entscheidungen, sollten sie in dieser Art getroffen werden müssen, noch einmal nachträglich der Genehmigung des gesamten Landtags bedürfen.

Ich glaube, das ist eine sehr weise Entscheidung. Ja, es stimmt, wir greifen damit in die Verfassung ein, aber das ist notwendig, um als Parlament handlungsfähig zu bleiben. Diese Handlungsfähigkeit, die ich gerade eben bei der Landesregierung gelobt habe, müssen auch wir als Parlament immer gewährleisten. Ich glaube deshalb, dass diese Entscheidung die richtige Entscheidung ist.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn wir gerade bei wichtigen Entscheidungen sind: Es ist natürlich richtig zu sagen, dass die Bundesregierung tolle Programme aufstellt. Das ist so, und das liegt auch in ihrer Verantwortung. Irgendwann im Ablauf der Bewältigung der Krise kann es aber dazu kommen, dass irgendeine Schwierigkeit entsteht, die gelöst werden muss und für die es möglicherweise keine bundeseinheitliche Regelung gibt. Ich denke insbesondere an mittlere und kleinere Betriebe, an Einzelunternehmer, aber auch an Arbeitnehmer, die möglicherweise noch Schwierigkeiten bekommen. Es geht darum, liquide Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Unternehmen haben Schwierigkeiten, die Zahlung ihrer Fixkosten, wie beispielsweise die Miete oder Kreditraten, noch aufrechtzuerhalten. Die Löhne müssen weitergezahlt werden.

All das sind große Schwierigkeiten, die auf unsere Wirtschaft zukommen. Deshalb müssen wir sehen, dass wir vor allen Dingen unbürokratisch handeln. Es muss schnell gehen, es muss einfach gehen. Man muss auch einmal fünf gerade sein lassen können.

Ich weiß, dass das schwierig sein wird. Ich sage jetzt schon zu - jedenfalls für unsere Fraktion -:

(Lars Harms)

Sollten dabei einmal kleine oder mittelgroße Fehler entstehen, dann können wir als Opposition auch einmal darüber hinwegsehen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden heute unter anderem beschließen, dass wir Mittelstandsdarlehen in Höhe von 10 Millionen € zur Verfügung stellen. Das ist erst einmal nicht viel, sondern setzt nur auf einem bereits bestehenden Programm auf. Das ist auch nur eine kurzfristige Regelung. Sie kann allerdings schnell helfen, das ist das Entscheidende. Kredite kann man schnell vergeben. Das ist anders als bei anderen Dingen, die man möglicherweise mit größeren Formalien hinterlegen muss. Deshalb ist das eine richtige Maßnahme.

Wir beschließen aber auch noch eine größere Maßnahme, indem wir eine außergewöhnliche Notlage feststellen, die sich der Kontrolle des Staates entzieht - das ist ganz wichtig - und die unsere staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt. Das sind die drei Kriterien, die unsere Landesverfassung vorsieht, damit wir trotz der Schuldenbremse weiteres Geld zur Verfügung stellen können.

Meine Damen und Herren, wir tun das. Ich möchte das einmal verdeutlichen, um den Ernst der Lage ein bisschen besser darzustellen: Als wir 2015/2016 die Herausforderungen mit den Flüchtlingen hatten, die zu uns gekommen sind, haben wir das selber politisch beschlossen, und wir hatten es vollständig unter der Kontrolle des Staates, wie und auf welche Weise wir das organisieren. Das hat uns finanziell nicht überfordert. Die Lage könnte sich jetzt in Bezug auf Corona völlig ändern. Wir wissen nicht, ob wir dann noch die Kontrolle behalten können. Wir wissen auch nicht, ob wir diese Krise mit den Finanzmitteln, die wir derzeit im Haushalt zur Verfügung haben, wirklich bewältigen können. Deshalb ist es von der Vorsorge her wichtig, dass wir genau das machen, nämlich diese halbe Milliarde € zur Verfügung stellen.

Im Übrigen kann ich mich noch an die Beratungen erinnern - Monika Heinold sicherlich auch -, als wir die Schuldenbremse aufgestellt haben. Da hatten wir eigentlich eher an Naturkatastrophen, beispielsweise an große Sturmfluten, und nicht an Viren gedacht. Trotzdem können wir jetzt feststellen, dass diese Sonderregelung, die wir damals als erstes Bundesland überhaupt vereinbart hatten, klug war. Wir haben das zu einem Zeitpunkt gemacht, als das Land Schleswig-Holstein 1,5 Milliarden € strukturelles Defizit hatte. Das lag weit über dem, was wir

jetzt in Form einer Sonderregelung auf den Weg bringen. Dass wir diese Situation von damals nicht mehr haben, ist auch der Schuldenbremse zu verdanken - das müssen wir wissen -, anderenfalls wären wir heute gar nicht dazu in der Lage. Da gebe ich dem Kollegen Koch recht.

Ich glaube aber auch - das sage ich schon einmal voraus -, dass es sein könnte, dass diese 500 Millionen € nicht ausreichen werden. Auch dann wären wir bereit zu schauen, ob noch mehr nötig ist, damit wir dieses Land am Laufen halten können.

Auch soll man wissen, für die Bürgerinnen und Bürger ist ganz wichtig festzustellen: Das ist immer verbunden mit einem Rückzahlungsplan, der dann über die nächsten Jahre laufen muss. Hier sind zehn Jahre vorgesehen. Das müssen wir managen, wir müssen uns aber auch ehrlich sagen und wissen, wenn die 500 Millionen € nicht reichen, wenn vielleicht 700 Millionen €, 800 Millionen € oder auch 1 Milliarde € gebraucht werden. Dann müssen wir ernsthaft darüber reden, damit die Konjunktur in unserem Land entsprechend weiterlaufen kann.

Sie sehen also, dass wir eigentlich ganz gut aufgestellt sind.

Zuletzt von meiner Seite aus einen Dank an die Kolleginnen und Kollegen hier im Haus - von der Regierungsfraktion genauso wie von der Opposition -, dass wir hier gemeinsame Anträge auf die Beine gestellt haben, die dieses Land voranbringen und uns in der schwierigen Situation, die wir jetzt haben, weiterbringen und vor allen Dingen auch die Lage für die Bürgerinnen und Bürger stabilisieren. Ich glaube, das sind richtige Entscheidungen. Es ist gut, dass das in einer Demokratie wie in Schleswig-Holstein möglich ist, dass Parteien über alle Grenzen hinweg zusammenstehen können.

Deshalb, meine Damen und Herren, bleibt für mich nur noch einmal zu sagen: Aufrecht bleiben, Abstand von dem Nächsten halten, vor allen Dingen aber anderen helfen, wo man nur kann! Dann bekommen wir das hin, sind gut aufgestellt, und dann überstehen wir auch die Krise. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt AfD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit erkläre ich den Tagesordnungspunkt Regierungserklärung für beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

(Präsident Klaus Schlie)

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrages zum Haushaltsplan des Landes Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2020**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 19/2023

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 19/2063

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/2100

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/2101

**Nothilfeprogramm Coronavirus**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/2099

Ich bitte die parlamentarischen Geschäftsführungen, jetzt sicherzustellen, dass wir gleich die Zweidrittelmehrheit im Haus gesichert haben. - Wenn der Abgeordnete Arp nickt, dann ist das so.

(Heiterkeit)

Ich erteile dem Berichterstatter des Finanzausschusses, dem Abgeordneten Stefan Weber, das Wort.

**Stefan Weber [SPD]:**

Herr Landtagspräsident! Der Finanzausschuss hat sich in seinen beiden letzten Sitzungen mit dem Nachtragshaushalt beschäftigt. Die Fraktionen konnten Fragen stellen, die Fragen wurden schnell beantwortet. Mein Dank geht noch einmal an das Ministerium und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für die schnelle Beantwortung. Ich verweise auf die Beschlussvorlage.

(Beifall)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW in der Drucksache 19/2099 abstimmen. Ich weise darauf hin, dass nach Arti-

kel 61 Absatz 3 der Landesverfassung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist dann einstimmig beschlossen. Ich frage den Landtagsdirektor. - Der bestätigt mir, dass die Zweidrittelmehrheit vorhanden ist. Somit ist der Antrag mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen. - Herzlichen Dank.

Ich lasse dann über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW in der Drucksache 19/2100 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so angenommen.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2101, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch hier sehe ich ein einstimmiges Votum des Hauses.

Ich lasse über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 19/2023 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der soeben angenommenen Änderungsanträge abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Gesetzentwurf in der Drucksache 19/2023 einstimmig in der Fassung der Drucksache 19/2063 einschließlich der soeben angenommenen Änderungsanträge angenommen. Ich danke dem Haus ganz herzlich.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

**Wahl von Mitgliedern sowie Stellvertreterinnen und Stellvertretern des Landesverfassungsgerichts Schleswig-Holstein**

Wahlvorschlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts

Drucksache 19/2051

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts hat dem Landtag mit der Drucksache 19/2051 einen Wahlvorschlag unterbreitet. Der Landtag hat sechs Mitglieder und persönliche Stellvertreterinnen und Stellvertreter in geheimer Wahl ohne Aussprache zu wählen. Für die Wahl ist die Mehrheit von zwei

**(Präsident Klaus Schlie)**

Dritteln der Mitglieder des Landtages erforderlich, also 49 Stimmen.

Die vom Ausschuss vorgeschlagenen Personen begrüße ich vorab ganz herzlich auf der Tribüne. - Seien Sie uns herzlich willkommen! Ich begrüße auch den Präsidenten des Landesverfassungsgerichts, Herrn Dr. Flor, ganz herzlich. - Seien Sie uns alle herzlich willkommen.

(Beifall)

Wir beschließen über den Wahlvorschlag des Ausschusses in der Drucksache 19/2051. Wer ihm zustimmen will, kreuzt „Ja“ an. Wer ihn ablehnen will, kreuzt „Nein“ an. Wer sich der Stimme enthalten will, kreuzt „Enthaltung“ an. Ich mache darauf aufmerksam, dass in diesem Fall Stimmenthaltungen die gleiche Wirkung wie Neinstimmen haben.

Die Mitglieder des Landtages werden durch mich aufgerufen, gehen dann bitte außen herum zu dem Saaldiener zu meiner Linken, der Ihnen den Stimmzettel aushändigen wird. Gehen Sie dann bitte einzeln zur Wahlkabine. Nach Abgabe Ihrer Stimme falten Sie den Stimmzettel und werfen ihn in die Wahlurne.

Ich bitte alle Mitglieder des Landtages darauf zu achten, dass das Kreuz auf dem Stimmzettel korrekt angebracht wird, sodass keine Zweifel über die Gültigkeit der Stimme entstehen können. Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen oder anderen Kennzeichen versieht, macht ihn ungültig. Es ist deshalb auch nur der Ihnen übergebene Stift zur Stimmgabe zu benutzen. Die Verwendung eines anderen Schreibgerätes ist als unzulässige Kennzeichnung anzusehen und führt zur Ungültigkeit des Stimmzettels.

Wer den Stift bei der Eintragung in die Liste am Eingang eben nicht mitgenommen hat, muss sich keine Sorgen machen; hier vorn gibt es noch welche.

Bevor wir in die Wahlhandlung eintreten, bitte ich den Landtagsdirektor, sich davon zu überzeugen, dass die Wahlurne leer ist. - Das ist der Fall. Meine Damen und Herren, der Wahlakt ist eröffnet.

Ich rufe die Namen auf und bitte Sie eindringlich, darauf zu achten, dass Sie den Abstand von zwei Metern voneinander wahren.

(Namensaufruf und Stimmzettelabgabe)

- Wir können der Bevölkerung heute einmal sehr gut vormachen, wie das geht.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Stau! Abstand halten! Zwei Meter!)

- Und wir merken, dass es gar nicht so einfach ist, zwei Meter im Gefühl zu haben.

Ich bitte jetzt schon einmal zwei der Schriftführerinnen und Schriftführer, die sonst hier vorn beisitzen, nach vorn zu kommen. - Herr Abgeordneter Kilian und Frau Abgeordnete Ünsal, bitte hierher zum Auszählen!

(Heiterkeit)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich die Wahl beende, frage ich: Ist noch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Saal, die beziehungsweise der noch nicht gewählt hat? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Der Wahlakt ist damit beendet. Ich unterbreche kurz die Sitzung zur Auszählung der Stimmzettel. Bitte achten Sie auch jetzt weiterhin auf den Begegnungsabstand. - Vielen Dank.

(Unterbrechung: 11:42 Uhr bis 11:50 Uhr)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt - wenn ich es denn lesen kann.

(Heiterkeit und Zurufe)

- Professor Dr. Schliesky hatte das für mich aufgeschrieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abgegebene Stimmen: 58. Gültige Stimmen: 58. Jastimmen: 57. Eine Neinstimme. - Der Wahlvorschlag ist somit mit großer Mehrheit angenommen worden. Damit ist auch die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht. Die im Wahlvorschlag in der Drucksache 19/2051 genannten Bewerberinnen und Bewerber sind damit gewählt.

Da die Kandidatinnen und Kandidaten bereits vorher ihre Zustimmung zur Übernahme des Amtes erklärt haben, erübrigt sich die Frage, ob sie die Wahl annehmen. - Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf:

**Wahl der Bürgerbeauftragten oder des Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein und der Beauftrag-**

(Präsident Klaus Schlie)

**ten oder des Beauftragten für die Landespolizei Schleswig-Holstein**

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/2036

Eine Aussprache ist gemäß § 7 Absatz 2 des Bürger- und Polizeibeauftragengesetzes nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür die offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich weise darauf hin, dass der Landtag die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein nach § 7 Absatz 2 des Gesetzes mit mehr als der Hälfte seiner Mitglieder -also 37 Abgeordnete - wählt.

Wer dem Wahlvorschlag in der Drucksache 19/2036 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen der FDP und der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Enthaltungen? - Damit ist der Wahlvorschlag in der Drucksache 19/2036 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU gegen die Stimmen der AfD angenommen.

Ich stelle fest, dass damit die erforderliche Mehrheit für die Wahl von Frau Samia El Samadoni erreicht ist. - Ich gratuliere Ihnen und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer zukünftigen Arbeit!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung für etwa 10 Minuten. Wir werden jetzt die Formalitäten für die Vereidigung der Richterinnen und Richter des Landesverfassungsgerichts erledigen. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 11:54 Uhr bis 12:12 Uhr)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich eröffne wieder die Sitzung und rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

**Vereidigung der neu gewählten Mitglieder sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Landesverfassungsgerichts Schleswig-Holstein**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die neu gewählten Mitglieder des Landesverfassungsgerichts Schleswig-Holstein haben soeben vom Ministerpräsidenten ihre Ernennungsurkunden erhalten. Nach § 7 Absatz 2 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes haben sie vor Amtsantritt in öffentlicher Sitzung des Landtages den für Berufsrichterinnen und -richter des Landes vorgesehenen Eid zu leisten.

Wir kommen daher jetzt zur Vereidigung. Ich bitte die Richterinnen und Richter zu mir in die Mitte des Plenarsaals zu kommen. - Da sind Sie, Sie sitzen bereits dort. Sie können zunächst auf Ihren Plätzen bleiben, ich rufe Sie einzeln nach vorn.

Ich werde Ihnen die Eidesformel einmal vorsprechen, Sie können diese dann mit der Formel „Ich schwöre es“ oder mit der Formel „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“ bestätigen. Dazu werde ich Sie einzeln zu mir bitten.

Ich darf alle Anwesenden bitten, sich zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich bitte zunächst den Herrn Vizepräsidenten des Landesverfassungsgerichts, Professor Dr. Christoph Brüning, zu mir.

(Herr Professor Dr. Christoph Brüning wird nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, so wahr mir Gott helfe.)

Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich und wünsche Ihnen alles Gute für Ihre weitere Arbeit.

(Beifall)

Ich bitte Frau Professor Dr. Nele Matz-Lück zu mir.

(Frau Professor Dr. Nele Matz-Lück wird nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, so wahr mir Gott helfe.)

**(Präsident Klaus Schlie)**

Ich danke Ihnen, gratuliere Ihnen sehr herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall)

Ich bitte dann Herrn Professor Dr. Frank Guido Rose zu mir.

(Herr Professor Dr. Frank Guido Rose wird nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, so wahr mir Gott helfe.)

Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit alles Gute.

(Beifall)

Als Stellvertreter bitte ich Herrn Dr. Oswald Kleiner zu mir nach vorn.

(Herr Dr. Oswald Kleiner wird nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, so wahr mir Gott helfe.)

Ihnen herzlichen Glückwunsch! Ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihre zukünftige Arbeit.

(Beifall)

Dann bitte ich Herrn Dr. Ulf Hellmann-Sieg zu mir.

(Herr Dr. Ulf Hellmann-Sieg wird nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, so wahr mir Gott helfe.)

Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch und alles Gute für Ihre Arbeit.

(Beifall)

Ich rufe nun Frau Dr. Christiane Schmaltz zu mir.

(Frau Dr. Christiane Schmaltz wird nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre,

re, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, so wahr mir Gott helfe.)

Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch und alles Gute für Ihre Arbeit.

(Beifall)

- Meine Damen und Herren, Sie dürfen dann erst einmal wieder Platz nehmen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, insbesondere die gewählten Richterinnen und Richter und die stellvertretenden Richterinnen und Richter des Landesverfassungsgerichts, dass es natürlich ansonsten üblich ist, dass Sie auch von den Fraktionen durch äußere Zeichen beglückwünscht werden. Aufgrund der besonderen Situation ist auch das geändert worden. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD, Frau Herdejürgen, hat mir mitgeteilt, dass im Foyer ein Tisch aufgebaut worden ist, an dem die Freude über Ihre Wahl von den Fraktionen noch einmal zum Ausdruck gebracht wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das war dann Ihr Auftritt hier bei uns im Plenum des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Ich danke Ihnen!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 35 A auf:

### **Ergänzung der Grundsätze für die Behandlung von Immunitätsangelegenheiten**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/2097

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen vor, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist dann einstimmig so beschlossen. Ich danke Ihnen dafür ganz herzlich.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch an dieser Stelle eine kurze Bemerkung machen. Es ist nicht trivial, was wir hier beschlossen haben. Das Immunitätsrecht der Abgeordneten ist ein ausge-

(Präsident Klaus Schlie)

sprochen wichtiges, grundgesetzlich geachtetes und selbstverständlich auch in unserer Landesverfassung formuliertes Recht. Wenn es hier aufgrund dieser besonderen Situation eine ergänzende und teilweise einschränkende Maßnahme hinsichtlich des Gesundheitsschutzes gibt, dann ist das beispielhaft. Ich danke Ihnen sehr dafür, dass das einstimmig möglich war.

Dann rufe ich Tagesordnungspunkt 35 B auf:

### **Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/2098

Ich sehe, auch hier wird das Wort zur Begründung nicht gewünscht. Ich schlage Ihnen vor, in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren. Auch das ist ein besonders wichtiger Antrag, weil er uns die Möglichkeit eröffnet, in einer absoluten Ausnahmesituation - von der wir nicht wissen, ob sie eintreten wird; die wir uns auch nicht erhoffen - als Parlament handlungsfähig zu bleiben und der Exekutive die nach unseren Rechtsstaatsgrundsätzen notwendigen parlamentarischen Empfehlungen zu geben. Auch die Kontrollinstanz des Schleswig-Holsteinischen Landtages wird damit weiterhin sichergestellt.

Ich möchte hierzu ergänzen, dass die klare und eindeutige Abmachung ist: Selbstverständlich wird das alles nur befristet eingeführt, es wird überprüft und - soweit die Situation es wieder zulässt - so geregelt, wie wir es uns gestern im Ältestenrat gegenseitig versichert haben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

### **Für eine verlässliche Ganztagsbetreuung - für mehr Chancengerechtigkeit**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/2076

Auch hierzu wird das Wort zur Begründung nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Abgeordneten der FDP, der CDU und der AfD. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist dann so bei Enthaltung der Fraktion der SPD beschlossen. Damit ist der Antrag in der Drucksache 19/2076 angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Sammeldrucksache:

### **Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Drucksache 19/2095

Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, zu denen eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a unserer Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 19/2095. Voraussetzung für die Abstimmung insgesamt ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Ich sehe, das ist der Fall.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache in der Drucksache 19/2095 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit sind wir am Ende einer außerordentlich außergewöhnlichen Sitzung in der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein und für den Schleswig-Holsteinischen Landtag angekommen. Ich danke Ihnen allen noch einmal ganz, ganz herzlich - jeder Abgeordneten und jedem Abgeordneten einzeln -, dass Sie an dieser für uns so entscheidend wichtigen Debatte und Entscheidungsfindung hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag teilgenommen haben. Ich finde, das ist zusätzlich zu dem Handeln der Landesregierung ein wirklich wichtiges und deutliches Zeichen, das wir als Parlament insgesamt - gemeinschaftlich, über alle Grenzen hinweg - diese Situation mit bewältigen wollen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Gesundheit; ich wünsche uns allen, dass die Krise möglichst rasch zu Ende geht. Wenn sie länger dauert, werden wir alle auch entsprechend lange gemeinsam durchhalten. Ihnen alles Gute und herzlichen Dank!

Den Bürgerinnen und Bürgern sage ich: Bleiben Sie diszipliniert, und schützen Sie Ihre eigene Gesund-

**(Präsident Klaus Schlie)**

heit sowie die anderer, vor allen Dingen die Gesundheit derer, die für Sie tätig sind! - Herzlichen Dank. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 12:26 Uhr**